

# **PROTOKOLL DES ZU WIEN AM 7. SEPTEMBER 1914 ABGEHALTENEN MINISTERRATES FÜR GEMEINSAME ANGELEGENHEITEN, UNTER DEM VORSITZE DES MINISTERS DES K. U. K. HAUSES UND DES ÄUßERN GRAFEN BERCHTOLD**

Gegenwärtige: der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Dr. Ritter von Biliński, der k. u. k. Kriegsminister FZM. Ritter von Kroatín, der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Tisza, der kgl. ung. Minister am Allerhöchsten Hoflager Freiherr von Burián, der k. k. Minister für Landesverteidigung G. d. I. Freiherr von Georgi, der kgl. ung. Landesverteidigungsminister FML. Freiherr von Hazai, der Stellvertreter des k. u. k. Chefs der Marine-Sektion Konteradmiral von Kailer.

Protokollführer: Legationssekretär Graf Walterskirchen.

Gegenstand: Politische und militärische Lage.

Der Vorsitzende eröffnet um 11 Uhr 30 Minuten die Sitzung mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit für die verantwortlichen Faktoren der Monarchie, in den gegenwärtigen ersten Zeiten wiederholt in persönlichen Kontakt zu treten und gibt hieran anknüpfend ein Bild der auswärtigen Lage, wie sich dieselbe seit dem am 19. vorigen Monates stattgefundenen Kronrate entwickelt hat.

Die Bemühungen Deutschlands und die unseren, welche daraufgerichtet waren, ein aktives Eingreifen der Türkei zu erreichen, seien von Erfolg begleitet gewesen und die Türkei sei zum Eingreifen bereit. Doch sei ein solches erst nach Fertigstellung der Befestigungen der Dardanellen möglich. Dieselben schritten langsam vorwärts und dürften erst am 13. laufenden Monates vollendet sein. Dann könnte das Eingreifen der Türkei nach zwei Richtungen erfolgen. Entweder würden türkische Truppen unter dem Schutze der durch die Schiffe „Göben“ und „Breslau“ verstärkten türkischen Flotte in der Nähe von Odessa landen und auf diese Weise mehrere russische Korps binden oder aber die Türkei würde sich gegen Griechenland wenden.

In Griechenland seien in der letzten Zeit militärische Vorkehrungen wahrnehmbar, welche offenbar gegen Bulgarien gerichtet seien. Auch beweise das Entgegenkommen, mit welchem für Serbien bestimmte Transporte behandelt würden, auf wessen Seite Griechenland mit seinen Sympathien stünde.

Einerseits von Griechenland bedroht, andererseits des rumänischen Nachbars nicht ganz sicher, sei die Stellung Bulgariens eine schwierige, umsomehr als unausgesetzt von Seitens Russlands Einschüchterungsversuche in Sofia gemacht würden. Die Haltung Bulgariens sei dementsprechend auch heute eine neutrale und hätten wir und Deutschland es bisher nicht erreicht, das Königreich zu einem aktiven Vorgehen zu bewegen.

Die Haltung Rumäniens sei eine wenig zufriedenstellende. Seit jenem Kronrate in Bukarest, in welchem die Neutralität des Königreiches beschlossen wurde, seien keine Fortschritte zu verzeichnen. Im Gegenteil hätten wir in der letzten Zeit wiederholt Wahrnehmungen gemacht, dass Rumänien russische für Serbien bestimmte Transporte ungehindert die Donau hinauffahren liesse. Wir müssten uns daher damit zufrieden geben, dass Rumänien neutral bleibe.

Auch Italien sei neutral und gingen unsere und Deutschlands Bestrebungen dahin, es bei „guter Laune“ zu erhalten. Was die immer wieder auftauchenden Kompensationsforderungen betreffe, hätten wir nachdrücklich erklärt, dass Erörterungen über solche, soweit sie die Integrität der Monarchie berühren, vollkommen ausgeschlossen seien. Wir seien mit Italien darin einig, unseren Akkord über Albanien aufrechtzuerhalten und stimmten mit ihm in der Ansicht überein, dass die auf der Londoner Konferenz [vom 17. Dezember 1912] gezogenen Grenzen Albanien unverrückbare wären und etwaige Strömungen nur temporärer Natur sein könnten. Durch diese Konversationen hielten wir das Zusammengehen mit Italien aufrecht. Durch den Druck der Verhältnisse gezwungen, in Albanien weniger hervortreten, hätten wir nichts dagegen einzuwenden, dass Italien nunmehr dort an erste Stelle gerückt sei und dies umsoweniger, als wir uns dadurch eine günstige Wirkung auf die öffentliche Meinung des Königreiches erhoffen.

Der k. k. Ministerpräsident stellt die Frage, ob es nicht möglich wäre, den deutschen Kaiser zu veranlassen, dass derselbe, gestützt auf seine verwandtschaftlichen Beziehungen zum griechischen Hofe, in Athen die Neutralität Griechenlands erwirke.

Der Vorsitzende erklärt, dass Deutschland die Neutralität Griechenlands gewünscht und auch in diesem Sinne in Athen eingewirkt hätte. Jetzt aber, wo es sich gezeigt habe, dass Griechenland unter dem Drucke Englands stehe, hätte Deutschland sich von demselben abgewendet.

Der Vorsitzende richtet nunmehr an den k. u. k. Kriegsminister die Frage, welche Mittel der Kriegsverwaltung zur weiteren Führung des schweren Kampfes, in welchem wir uns befänden, noch zur Verfügung stünden.

Der k. u. k. Kriegsminister ergreift das Wort und führt aus, er habe gleich zu Beginn des Krieges alles, was mobil und ausgerüstet gewesen sei, zur Armee stossen lassen. Er sei dann zur Bildung von Marschformationen geschritten. Die ersten und zweiten Formationen dieser Art seien bereits an der Front, die dritte Formation sei als „rollender Ersatz“ für Standesabgänge bestimmt und die vierte und fünfte Formation würden noch gebildet werden. Wenn auch auf diese Weise 500 Bataillone aufgestellt würden, so könne er sich nicht verhehlen, dass der Kampfwert dieser Marschformationen als selbständige Truppen kein sehr grosser sei, da sie eigentlich nur zur Ergänzung und Ausfüllung der Stände bestimmt seien. Auch mache sich bei ihrer Organisierung ein empfindlicher Offiziersmangel fühlbar.

Bei der grossen Anzahl von Soldaten, welche ins Feld gestellt worden seien, ergebe sich eine weitere Schwierigkeit in dem gesteigerten Bedarfe nach Gewehren. Er habe daher die bei der Waffenfabrik in Steyr für Mexiko bestellten 67.000 Gewehre Muster 14 beschlagnahmt, desgleichen die dortselbst für Rechnung Bulgariens und Rumäniens bestellten Gewehre, soweit sie von den entsendeten Kommissionen noch nicht übernommen waren. Auch habe er die ursprünglich für Albanien bestimmten und noch in der Monarchie verbliebenen 30.000 Gewehre Muster 13 angekauft und weitere 60.000 Stück Muster 13 von der deutschen Regierung gekauft, die zum Teil noch im Einrollen in die Monarchie begriffen seien. Ausserdem habe er grosse Bestellungen gemacht und habe in der nächsten Zeit Lieferungen im nachstehenden Ausmasse zu erwarten:

Monat September                      16.000 Stück

Monat Oktober	16.000 Stück
Monat November	27.000 Stück
Monat Dezember	33.000 Stück

Der k. k. Minister für Landesverteidigung erklärt, er habe 489 Bataillone aufgestellt, von welchen er 454 Bataillone mit Mannlicher- und 35 Bataillone mit Werndl-Gewehren versehen habe.

Der kgl. ung. Landesverteidigungsminister erklärt, er habe 438 Bataillone aufgestellt, von welchen 338 mit Mannlicher- und 100 Bataillone mit Werndl-Gewehren ausgerüstet seien. Ausserdem habe er noch 20.000 Mannlicher- und 20.000 Werndl-Gewehr in Vorrat.

Hierauf setzt der k. u. k. Kriegsminister seine Ausführungen fort und erwähnt, dass er kolossale Vorräte an Munition an die Armee abgegeben habe, so dass ihm nur eine kleine Partie von Patronen (zirka 12 Millionen) verblieben sei. Da die Bestellungen im Auslande derzeit unmöglich seien, so sei er auf die Produktion der heimischen Fabriken angewiesen. Dieselben könnten ihm aber derzeit nur 3 Millionen Patronen per Tag liefern. Er habe daher dieser Tage die Direktoren der Munitionsfabriken zu sich beschieden und ihnen in sehr ernster und eindringlicher Weise ihre Pflicht ans Herz gelegt, für die möglichste Steigerung der Produktion zu sorgen. Er hoffe es zu erreichen, dass ihm nunmehr täglich 5 bis 6 Millionen Patronen geliefert werden würden. Ausserdem habe er eine Kommission nach Lüttich entsendet mit dem Auftrage, die Maschinen der dortigen grossen Munitionsfabrik anzukaufen.

Feldgeschütze seien in befriedigender Zahl vorhanden und seien noch 400 Stück vorrätig. Die Produktion der Geschosse habe er auf das äusserste steigern lassen. Auch der Stand der Maschinengewehre sei ein guter.

Von Feldhaubitzen und Gebirgsgeschützen seien keine Vorräte vorhanden, da dieselben bei Kriegsausbruch gerade in Neuerzeugung begriffen waren. Er habe daher 36 Stück von den für die Türkei bei Skoda bestellten 48 Stück Haubitzen beschlagnahmt, desgleichen 24 für China bestellte Gebirgsgeschütze.

Für Bekleidung der Armee auch für den Fall eines Winterfeldzuges sei gesorgt. So habe er bereits 915.000 Stück Pelzleibchen vorrätig und habe weitere 216.000 Stück bestellt.

Auf die Frage der Verteidigung Tirols im Falle eines Angriffes durch Italien übergehend, erklärte FZM. von Krobatin, dass G. d. K. Rohr derzeit über 22 Bataillone Ersatzformationen des III. und XIV. Korps verfüge. Mit 15. September würden zirka 100 Landsturm-Bataillone bereit stehen. An Artillerie verfüge er über 18 Batterien, allerdings minderwertiges Material Muster 75, nur geeignet, in festen Stellungen verwendet zu werden, ferner über 7 Züge Feldgeschütze, 6 Züge Gebirgsgeschütze, 2 Züge Kavallerie und 2 Züge Sappeure.

Dies sei alles und eine Verstärkung der Verteidigung Tirols mit Rücksicht auf die grosse Wichtigkeit des russischen Kriegsschauplatzes ausgeschlossen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident führt aus, seiner Ansicht nach sei es unbedingt notwendig, im Falle eines Angriffes Italiens demselben mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten, glaubt jedoch, dass hiezu nur geringe Kräfte zu verwenden wären, da wir eine zur Besiegung der italienischen Armee genügende Truppenmacht sowie so nicht aufstellen

könnten, und grössere Massen unnützer Weise vom Hauptkriegsschauplatze zurückhalten würden. Die Hauptaufgabe ist und bleibt, alles Verfügbare gegen Russland zu verwenden. Ebenso notwendig sei es aber, alles zu unterlassen, was in Italien als Provokation aufgefasst werden könnte. Schliesslich gibt er der Hoffnung Ausdruck, dass es sich Italien doch noch überlegen würde, bevor es zum Angriff gegen die Monarchie schreite, wenn es weiss, dass dies gleichbedeutend mit tatsächlicher Feindseligkeiten wäre.

Graf Stürgkh weist auf die moralische Wirkung hin, die dadurch erzielt würde, wenn eine - wenn auch kleine - deutsche Truppen-Abteilung an der Abwehr-Aktion gegen einen eventuellen italienischen Angriff teilnehmen würde.

Demgegenüber bemerkt der Vorsitzende, dass der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Richtung bisher ablehnend gewesen, da Deutschland nicht in einen Konflikt mit Italien geraten wolle. Die Ratschläge des Berliner Kabinettes gingen auch für uns immer dahin, gegebenen Falles die Italiener unter Protest einzulassen.

Nachdem der Vorsitzende noch angeregt hat, darauf hinzuwirken, dass die Zeitungszensur einheitlich gehandhabt werde, schliesst er die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

[Quelle: Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914-1918) (= Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II., Quellenpublikationen 10.), BUDAPEST 1966, S.173-177.]